

**II-2211 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode**

REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM
FÜR LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT

WIEN, 18. NOV. 1987

Zl.16.930/28-I/10/87

Gegenstand: Schriftl.parl.Anfr.d.Abg.z.NR.Dr.Keppelmüller,
Weinberger, Leikam und Kollegen Nr.1017 J vom
8.10.1987 betreffend eine Novellierung des
Pflanzenschutzmittelgesetzes

858 IAB
1987 -11- 24
zu 1017 J

An den

Herrn Präsidenten
des Nationalrates
Mag.Leopold Gratz

Parlament

1010 W i e n

Die schriftliche parlamentarische Anfrage der Abgeordneten zum Nationalrat Dr.Keppelmüller, Weinberger, Leikam und Kollegen Nr.1017 J betreffend eine Novellierung des Pflanzenschutzmittelgesetzes beehre ich mich wie folgt zu beantworten:

Zu Frage 1:

Mein Ressort erstellt derzeit eine Regierungsvorlage betreffend eines neuen Pflanzenschutzmittelgesetzes. Mitbefaßt sind das Bundeskanzleramt und das Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie. Wegen der noch erforderlichen verfassungsrechtlichen Prüfung kann ein genauer Termin für die Vorlage an den Nationalrat derzeit noch nicht abgeschätzt werden.

Zu Frage 2:

Grundsätzlich zeichnen sich keine wesentlichen Hindernisse für das Zustandekommen eines modernen Pflanzenschutzmittelgesetzes ab. Einige Schwierigkeiten dürfte es aber bei der kompetenzrechtlichen Einordnung der Regelungen geben.

Zu Frage 3:

Der Entwurf des Pflanzenschutzmittelgesetzes läßt wesentliche Teile des Chemikaliengesetzes, insbesondere dessen Giftteil, in welchem ausreichende Rücknahmeverpflichtungen für Gifte vorgesehen sind, für Pflanzenschutzmittel weitergelten. Diese Rücknahmeverpflichtungen können gemäß § 14 Abs.1 Z.2 Chemikaliengesetz für jede Art von Giften ausgeweitet werden.

Zu Frage 4:

Der derzeitige Entwurf des Pflanzenschutzmittelgesetzes sieht vor, daß Pflanzenschutzmittel, die Giftstoffe enthalten, weiterhin den Abgabevorschriften des Chemikaliengesetzes unterliegen sollen. Als Beispiel dafür kann der Erwerb von giftigen Pflanzenschutzmittel mit Giftbezugsbewilligung genannt werden.

Frage 5:

Im Rahmen der Erstellung einer Regierungsvorlage betreffend ein Pflanzenschutzmittelgesetz wird auf die EG-Bestimmungen soweit als möglich Bedacht genommen.

Der Bundesminister:

